

# AHV-Revision soll zeitnah umgesetzt werden

JOËL GRANDCHAMP

**VADUZ.** Die von der Regierung vorgeschlagene Neuregelung des an die AHV ausgerichteten Staatsbeitrags sowie Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV wurden von allen Landtagsabgeordneten als notwendig erachtet. Die genaue Ausstattung des künftigen Staatsbeitrags und der begleitenden Massnahmen führten jedoch zu einer fast vierstündigen Eintretensdebatte. Am unbestrittensten war

die Erhöhung des Rentenalters für die Jahrgänge 1958 und jünger um ein Jahr auf 65 Jahre.

## **Unbequeme Massnahmen**

Die Abgeordneten waren sich einig, dass die Liechtensteinsche AHV möglichst bald abgesichert werden soll. Die Regierung schlägt dazu fünf Massnahmen vor: Der Staatsbeitrag soll auf jährlich 20 Millionen pro Jahr gesenkt werden. Um diese Senkung auszugleichen, werden die Beitragssätze von Arbeitgebern

und Arbeitnehmern im gleichen Masse erhöht und eine lebenslange Beitragspflicht zur AHV eingeführt. Zudem soll der Teuerungsausgleich vorübergehend ausgesetzt werden und das Rentenalter erhöht werden.

## **Senkung des Staatsbeitrags**

Uneinig waren sich die Volkvertreter besonders bei der genauen Ausgestaltung des Staatsbeitrags, welcher fast allen Abgeordneten zu niedrig scheint. «Mit der VU ist eine Senkung des

Staatsbeitrags auf 20 Millionen nicht zu machen», kündigte VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser bereits früh in der Eintretensdebatte an. Dieses Geld könne beispielsweise aus der anstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer gewonnen werden, regte Wenaweser an. Zu einer definitiven Entscheidung kam es an der gestrigen Landtagssitzung noch nicht. Der Vorschlag wurde zwar von mehreren Abgeordneten gelobt, fand aber auch Gegenstimmen. **› LANDTAG 3, 5**



Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller regte an, der Empfehlung des Frauennetzes zu folgen und die Erziehungsgutschriften entsprechend dem tatsächlichen Betreuungsaufwand zu verteilen.



Christoph Wenaweser, Fraktions Sprecher der VU, sprach sich dafür aus, zumindest einen Teil der kommenden Mehrwertsteuererhöhung in die AHV fliessen zu lassen.

Bilder: Daniel Ospelt

# «Die AHV ist kein Sanierungsfall»

Mehrere Stunden dauerte die Diskussion im Landtag über den künftigen Staatsbeitrag an die AHV. Obwohl ein Eintreten auf den Bericht und Antrag der Regierung unbestritten war, wurde schnell klar, dass bei den Abgeordneten noch sehr viel Diskussionsbedarf vorhanden war.

JOËL GRANDCHAMP

**VAUDUZ.** «Politiker tun sich schwer, unbequeme, aber notwendige Massnahmen zu treffen. Auch bei dieser AHV-Revision», sagte Elfried Hasler (FBP) zu Beginn der Eintretensdiskussion. Es sei wichtig, dass man die unbequeme Wahrheit nicht vor den Wählern verstecke. Der Wettlauf um zu hohe Staatsbeiträge – gerade kurz vor einem Wahljahr – sei ein Bumerang, der «uns alle und besonders künftige Generationen trifft», sagte der FBP-Abgeordnete. Es gehe darum, den Entscheid für eine dauerhafte Lösung zu fällen und nicht an eine neue Regierung und ein neues Parlament weiterzureichen.

## Konstruktive Diskussion

Ziel der Diskussion war es von Beginn an, dass der Landtag zu einem Konsens gelangt, welcher eine möglichst breite Unterstützung erhalten kann. «Die AHV ist das Fundament der sozialen Vorsorge und Absicherung in unserem Land. Deren langfristige Sicherstellung muss eine generationenvertragliche Aufgabe sein, der wir uns nicht nur für die heutigen versicherten und rentenbeziehenden Jahrgänge, sondern auch für zukünftige Generationen laufend zu stellen haben», betonte VU-Fraktions Sprecher Christoph Wenaweser.

Durch früh getroffene Massnahmen können schärfere Massnahmen zu einem späteren Zeitpunkt verhindert werden. Es sei daher unerlässlich, dass der Diskussion um die zu treffenden Massnahmen auch die nötige Zeit eingeräumt wird. «Allein am künftigen Staatsbeitrag an die AHV scheiden sich die Geister. Bereits sehr früh hat die VU schon im Vernehmlassungsverfahren klargestellt, dass eine Senkung des Staatsbeitrages von 54 Millionen im 2017 auf 20 Millionen im 2018 mit ihr nicht zu machen ist», bekräftigte Wenaweser die Haltung der Vaterländischen Union. Auch die Landtagsfraktion der FBP habe sich auf 30 Millionen festgelegt. Daher sei klar, dass es nicht beim Staatsbeitrag von 20 Millionen bleiben werde. Ein festgelegter Staatsbeitrag in einer absoluten Zahl führe zudem zu weiteren Problemen, da künftige Entwicklungen ausser Acht gelassen werden.

«Dazu braucht es eine flexible Lösung, die der AHV Einnahmen

durch den Staatsbeitrag sichert. Dies kann ein dynamischer Staatsbeitrag, versehen mit einer Minimumgarantie zugunsten der AHV sein. Allenfalls kann auch ein Maximalbetrag pro Jahr als Risikoobergrenze für den Staat definiert werden. So hätten Staat und AHV eine gewisse Planungssicherheit für ihre Haushalte. Es sollte beispielsweise darüber nachgedacht werden, den Staatsbeitrag an das Umlage- oder Primärdefizit der AHV zu koppeln», schlug Wenaweser vor. Ein Vorschlag, der sowohl bei Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini als auch Regierungschef Adrian Hasler sowie mehreren Abgeordneten auf offene Ohren stiess. Das Umlagedefizit errechnet sich aus dem Unterschied zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der AHV.

Da in der Schweiz derzeit über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozent diskutiert wird, plädierte Wenaweser dafür, diese Mehreinnahmen in Liechtenstein zweckgebunden der AHV zuzuwenden. Egal welchen Entscheid der Landtag auch traf,



**«Dieses Geld können - sollen - müssen wir in die AHV stecken»**

Helen Konzett Bargetze  
Fraktions Sprecherin FL

fe, sei es wichtig, die Bevölkerung an diesem Entscheid ebenfalls teilhaben zu lassen.

## Zusätzliche Gelder für AHV

Für die Freie Liste war die Kürzung des Staatsbeitrages ebenfalls rigoros. «Die von der Regierung vorgeschlagene Senkung des Staatsbeitrages auf 20 Mio. Franken lehnt die Freie-Liste-Landtagsfraktion ab», sagte Helen Konzett Bargetze, Fraktions Sprecherin der Freien Liste. Bisher habe der Staat pro Einwohner 1400 Franken an die AHV überwiesen. Neu wären es nur noch 500 Franken pro Kopf. «Das ist zu drastisch», sagte Konzett Bargetze. Der Staatsbeitrag müsse mindestens bei 40 Millio-

nen Franken liegen und indexiert sein. Damit bleibt er bei rund 1000 Franken Staatsbeitrag pro Kopf. Diesen Betrag sah auch Manfred Kaufmann (VU) als angemessen: «Einen Basar über die Höhe des Staatsbeitrages zu eröffnen, würde diesem sehr bedeutenden Thema nicht gerecht werden. Ich möchte dennoch die Regierung ersuchen, einen Staatsbeitrag von 40 Millionen Franken anzustreben.»

Die Freie Liste sieht zudem Handlungsbedarf bei den Pauschalbesteuerungen, welche bisher einen Höchstbetrag von 8100 Franken zu zahlen haben. «Es stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll und angebracht wäre, dass Pauschalbesteuerte nicht mindestens 8,1 Prozent auf 300 000 Franken – die Mindeststeuerpauschale – zu entrichten hätten», sagte Thomas Lageder (FL). Des Weiteren bat Lageder die Regierung, darzulegen, welche Effekte die Einführung von Rechtsanwalts- und Ärzte-Aktiengesellschaften auf die AHV hatte und wie ein angemessenes Gehalt als korrekter Unternehmerlohn einheitlich definiert werden könne. «Nach Aussagen des AHV-Direktors ist gerade in diesem Bereich ein wesentlicher negativer Einfluss auf die Einnahmen der AHV ersichtlich», so Lageder.

## Keine Wahlgeschenke

Christine Wohlwend, Fraktions Sprecherin der FBP, betonte, dass es wichtig sei, die aktuelle Situation in Liechtenstein zu beachten. «Es geht uns sehr gut. Das sollten wir nicht nur im Hinterkopf, sondern auch im Vorderkopf behalten», sagte Wohlwend. Dennoch gebe es Leute, welche versuchen, die Abgabe an die AHV zu hintergehen. Dies geschehe beispielsweise durch Dividendenausschüttungen, welche den Sozialversicherungen nicht angegeben werden. «Bevor wir über grundlegende Änderungen in der AHV sprechen, möchte ich auch die Möglichkeiten, die brach auf der Strasse liegen, ausnutzen. Ich möchte Menschen, die ein hohes Einkommen haben, daran beteiligen», sagte Wohlwend. Sollte sich also ein Arbeitnehmer eine Dividende von 250 000 Franken ausschütten lassen, entspreche dies ungefähr 45 000 Franken an Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen, welche der AHV ent-

gehen. Damit kann man einem Rentner über ein Jahr die volle



**«Hier kommt ein grosser Strauss von Wunschblumen zusammen»**

Harry Quaderer  
Fraktions Sprecher DU

Rente auszahlen. «Wenn wir 20 solche Personen haben, fehlt uns über eine Million jedes Jahr», sagte Wohlwend.

Diesen Vorschlag unterstützte auch Peter Büchel (VU): «Ich bin gespannt, was die Regierung darauf für eine Antwort bringen wird.»

## Forderungen vom Frauennetz

Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller wies auf die Forderung des Frauennetzes hin, die Erziehungsgutschriften im Fall einer Trennung oder Scheidung auch bei einer gemeinsamen Obsorge demjenigen Elternteil zuzuschreiben, der die Hauptarbeit der Betreuung leistet. Dabei sollen auch

die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden und nicht nur diejenigen, welche ausgeteilt wurden. «Der Grundsatz der Massgabe der effektiv erbrachten Betreuungsleistungen gehört meines Erachtens ins Gesetz und nicht in die Verordnung», sagte Lanter-Koller.

## Aus Fehlern lernen

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bedankte sich bei den Abgeordneten für die sachliche und faire Diskussion. Es sei wichtig, dass man nicht den gleichen Fehler begehe wie bei der PVS: «Die PVS war ein Lehrbeispiel für das vorprogrammierte Versagen eines politischen Systems», sagte Pedrazzini. Schuld sei nicht eine einzelne Person gewesen, sondern das kollektive Handeln. «Es geht jetzt um dieselbe Frage: Was ist richtig und was ist politisch opportun? Es habe eine Zeit gegeben, bei der ein Umstieg nur einen Bruchteil der 300 Millionen Franken gekostet hätte, welche nötig waren, um die PVS zu sanieren.

Bezüglich der Forderung von Landtagsvizepräsidentin Lanter-Koller sagte er, dass man dies auf die zweite Lesung hin überprüfen werde. Dies könne aber nicht im Nachhinein gemacht werden, da viele der Rentenbezügler im Ausland wohnhaft sind und man daher auf ausländische Ge-

richtentscheide angewiesen sei. «Es ist ein sehr grosser Aufwand, aber vielleicht findet sich hier eine pragmatische Lösung», sagte Pedrazzini. Er sprach sich jedoch gegen eine Erhöhung des Staatsbeitrages aus, da dieses Geld dem Staat schlicht nicht zur Verfügung stehe.

Diese Meinung teilte auch Regierungschef Adrian Hasler. «Es



**«In einem Vorwahljahr sind wir nicht so bei Sinnen, wie wir es sein sollten»**

Elfried Hasler  
FBP-Landtagsabgeordneter

ist wichtig, dass wir jetzt die Verantwortung wahrnehmen, und zwar heute und nicht übermorgen», sagte Hasler. Auch er würde der AHV gerne mehr Geld zukommen lassen, es sei aber nicht möglich, da es nun mal gewisse Schranken gebe. «Vielfach ist es ein Wunschkonzert, ohne dass wir konkrete Varianten für eine Gegenfinanzierung erhalten.»